

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 21. Jänner 2015

betreffend „verbesserte Kommunikation zu lebensmittel- und verbrauchsgüterbedingten Risiken“

Die Bundesministerin für Gesundheit wird im Einvernehmen mit weiteren verantwortlichen Mitgliedern der Bundesregierung ersucht,

1. die Information insbesondere von Kindern und Jugendlichen hinsichtlich industriell produzierter Lebensmittel zu verbessern und den Konsum von Obst und Gemüse zu steigern;
2. durch vermehrte Veranstaltungen die Möglichkeit der direkten Kommunikation zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen, vor allem Vertreter/innen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Medien, NGOs und Öffentlichkeit zu schaffen;
3. verschiedene Modelle der Kommunikation, auch unter Nutzung der neuen Medien, in abgestimmten Projekten umzusetzen;
4. in ihrem Zuständigkeitsbereich eine Studie hinsichtlich relevanter Auswirkungen neuer Techniken und Entwicklungen im Bereich der Lebensmittelherstellung, Lebensmittelverarbeitung und Lebensmittelversorgung in Auftrag zu geben, und zwar in Bezug auf Ernährung, Ernährungsmöglichkeiten und Kaufverhalten;
5. Aufklärungsarbeit bezüglich der angesprochenen Divergenz der Risikowahrnehmung zwischen Experten und den interessierten Bürgern zu leisten, um diese Divergenz zu beseitigen.